



Pet 2-19-08-6110-025080

48734 Reken

Einkommensteuer

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 28.01.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass Autobesitzer, die den öffentlichen Personennahverkehr viel nutzen, bei der Steuererklärung den Jahresgesamtfahrpreis steuermindernd geltend machen können.

Der Petent begründet sein Anliegen im Wesentlichen damit, im Rahmen des Klimaschutzes heiße es "weg vom Auto und hin zum öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)". Um den Personenkreis der Autobesitzer zu erreichen, bedürfe es eines steuerlichen Vorteils als Anreiz, das Auto zugunsten des ÖPNV stehen zu lassen. Es sei gerecht, nur diesen Personenkreis im Sinne des Klimaschutzes einzubeziehen.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht, fand dort 123 Unterstützer und wurde in 13 Beiträgen diskutiert.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Petition erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wie folgt dar:

Der Petitionsausschuss stimmt dem Petenten insoweit zu, als dass der ÖPNV sowie dessen Integration in das Gesamtverkehrssystem für die Sicherung einer nachhaltigen



und modernen Mobilität wichtig ist und in der integrierten Verkehrspolitik einen hohen Stellenwert haben sollte. Dies drückt sich aus Sicht des Petitionsausschusses vor allem darin aus, dass der Bund trotz der originären Zuständigkeit der Länder und Kommunen diese in erheblichem Maße bei der ÖPNV-Finanzierung unterstützt.

Allein mit den Entflechtungs- und Regionalisierungsmitteln sowie den Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz standen den Ländern im Jahr 2019 über 9 Mrd. Euro für den ÖPNV zur Verfügung. Mit den Beschlüssen zum Klimaschutzprogramm 2030 sollen diese Mittel ab 2020 noch einmal deutlich steigen. Damit trägt der Bund dazu bei, ein attraktives Angebot für die Nutzer/innen des ÖPNV zu schaffen und setzt damit auch Anreize zum Umstieg.

Zudem können die einem Arbeitnehmer aus Anlass seiner beruflichen Tätigkeit entstehenden Aufwendungen für die Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte gem. § 9 Absatz 1 Satz 3 Nummer 4 Einkommensteuergesetz, (EStG) arbeitstäglich mit einer Entfernungspauschale in Höhe von 0,30 Euro je Entfernungskilometer als Werbungskosten angesetzt werden.

Die Entfernungspauschale ist keine Kostenpauschale im eigentlichen Sinne und wird jedem Arbeitnehmer, losgelöst von den ihm tatsächlich entstehenden Fahrtkosten sowie unabhängig vom gewählten Transport- bzw. Verkehrsmittel, für die Wege zwischen seiner Wohnung und ersten Tätigkeitsstätte gewährt. Sie kann daher bei der Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs, als Teilnehmer einer Fahrgemeinschaft oder auch, wenn der Weg zur ersten Tätigkeitsstätte mittels Fahrrads oder zu Fuß zurückgelegt wird, berücksichtigt werden. Ein unmittelbarer Sachzusammenhang zwischen der Höhe der Entfernungspauschale und den tatsächlich anfallenden Aufwendungen besteht somit nicht.

Indem die Pauschale nicht von der Benutzung eines Pkw oder dem tatsächlichen Anfall von Kosten abhängig ist, wird ein Anreiz gegeben, die kostengünstigste und ggf. auch ökologischste Alternative zu wählen. Damit werden z. B. die aus dem Gesichtspunkt des



Umweltschutzes wünschenswerte Bildung von Fahrgemeinschaften oder die Nutzung von kleinen Fahrzeugen mit niedrigem Verbrauch oder der öffentliche Personenverkehr durch die geltende Regelung unterstützt. Ein zusätzlicher Abzugsbetrag in Höhe des Jahresgesamtfahrpreises für Autobesitzer wird nicht befürwortet. Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel wird durch die geltende Regelung bereits ausreichend gefördert.

Seit 2019 besteht zudem die Möglichkeit zur Überlassung eines steuerfreien Jobtickets bzw. die steuerfreie Bezuschussung eines Jobtickets. Arbeitnehmer haben in diesen Fällen in Höhe des Vorteils ihre Entfernungspauschale zu mindern. Seit 2020 hat der Arbeitgeber zusätzlich die Wahl, anstelle der Steuerfreiheit eine Pauschalbesteuerung zu wählen, ohne dass der Arbeitnehmer dann seine Entfernungspauschale mindern muss.

Soweit die Kosten für den ÖPNV betrieblich veranlasst sind, können sie grundsätzlich als Betriebsausgaben steuermindernd abgezogen werden.

Vor diesem Hintergrund sieht der Petitionsausschuss keinen Anlass für weitere parlamentarische Aktivitäten. Er empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.